

Editorial: Eine „Streitschrift“ und ihre Folgen –
vom Umgang mit ungeliebten Wahrheiten

RWI Essen plädiert für schnelles Ende
der Steinkohlensubventionen

Finanzierungslücke der SPV bedroht Heime

RWI Essen bei Parlamentarischem Abend
der Leibniz-Gemeinschaft

Institut und RGS Econ präsentierten sich
bei Münchner Absolventenmesse

Neuerscheinungen:
RWI : Discussion Papers – RWI : Materialien

Interna: BLK bewilligt weitere Förderung des
RWI Essen – Gastwissenschaftler bei RGS Econ

Nr. 3/2006



Eine „Streitschrift“ und ihre Folgen – vom Umgang mit ungeliebten Wahrheiten

Der Aufschrei der „üblichen Verdächtigen“ war groß im Ruhrgebiet, als das RWI Essen es erneut wagte, die Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau in Frage zu stellen. Eine ausführliche „Streitschrift“, die die vom Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) regelmäßig vertretenen Auffassungen zu Gunsten weiterer Subventionen einer kritischen, wissenschaftlichen Analyse unterzog, war Anfang Juni 2006 von der WAZ in ihren Kernaussagen veröffentlicht und vom RWI Essen auf seiner Homepage zugänglich gemacht worden. Die Reaktion des GVSt ließ fast eine Woche auf sich warten – und auch dann wurden die vorgebrachten Argumente nicht mit Fakten fundiert widerlegt. Vielmehr beschränkten sich die Ausführungen auf die Wiederholung der schon in der Vergangenheit vorgebrachten Behauptungen zur Versorgungssicherheit und zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus. Mangels Argumenten wurden zudem vermeintliche sachliche Fehler „nachgewiesen“, allerdings indem Zitate verkürzt wurden.

Besonders wichtig ist für den GVSt offensichtlich, „wer oder was das RWI eigentlich aufgerufen hat, eine ‚Streitschrift‘ zu diesem Thema zu verfassen.“ Ein Blick in die Satzung hätte Auskunft gegeben: „Zweck des Vereins ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere auch die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen“. Genau das hat das RWI Essen im vorliegenden Fall getan, zumal es schon seit Jahrzehnten die Abschaffung von Erhaltungssubventionen fordert. Diese Forderung wird im Grundsatz von allen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt – solange sie nicht weiter konkretisiert wird. Wie mit wissenschaftlichen Ergebnissen umgegangen wird, wenn Ross und Reiter genannt



werden, das hat sich jetzt – wieder einmal – gezeigt.

Bezüglich der Versorgungssicherheit wird dem RWI Essen vorgeworfen, „eine völlig naive Außenseiterposition“ zu vertreten, „purer Elfenbeinturm, abgehoben von der Wirklichkeit“. Dabei wird verschwiegen, dass die Aussagen des RWI Essen voll und ganz unter anderem von einem Beitrag in der *Zeitschrift für Energiewirtschaft* gestützt werden. Selbiger Beitrag wurde vom GVSt erst kürzlich als Beleg für mangelnde Versorgungssicherheit genannt. Offensichtlich seziert der Verband jeden Text oder gar Satz und setzt Teile daraus, die zur Begründung von Subventionen herangezogen werden können, sinnentstellend für seine Ziele ein.

Seine Ausführungen zur Wertschöpfung im Steinkohlenbergbau schließt der GVSt mit der Frage: „Welchen Bedarf erfüllt eigentlich das RWI?“ Diese Frage wurde ebenso wie dessen übrige Ausführungen von Betriebsräten und Gewerkschaften offenbar gerne und ungeprüft übernommen. Es herrschte ungewohnte Einigkeit zwischen Verband und Arbeitnehmervertretern. Vor dem Hintergrund der engen Verflechtungen in den Institutionen der Branche und in der Region überrascht dies jedoch nicht. Die Antwort auf die genannte Frage lieferte zumindest der DGB-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen gleich mit. Er forder-

te die Landesregierung auf, über die zukünftige Finanzierung des RWI Essen nachzudenken. Das RWI Essen ist allerdings gerade erst umfassend von unabhängigen Experten anhand festgelegter, strenger Kriterien evaluiert worden und hat diese Überprüfung mit Bravour bestanden.

Würde eine derart harte Prüfung für alle staatlichen Ausgaben durchgeführt, wäre die Subventionierung des Steinkohlenbergbaus schon vor Jahrzehnten eingestellt worden – zum Wohle des Ruhrgebiets.

Christoph M. Schmidt

Aus der Forschung

RWI Essen plädiert für schnelles Ende der Steinkohlensubventionen

In einer jüngst erschienen „Streitschrift zu den Argumentationslinien des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus“ spricht sich das RWI Essen für ein Ende der Steinkohlensubventionen aus, da keines der ins Feld geführten Argumente wie Versorgungssicherheit und Arbeitsplatzeffekte einer kritischen Überprüfung standhält. Zudem würde ein Ende der deutschen Steinkohlenförderung die Umwelt entlasten und Bergbaufolgeschäden verringern.

In mehr als vier Jahrzehnten sind Subventionen in Höhe von nominal 128 Mrd. € in die deutsche Steinkohlenförderung geflossen und ein Ende ist noch immer nicht absehbar. Mit geplanten 2,3 Mrd. € sind die Subventionen im Jahr 2005 immer noch auf dem Niveau der achtziger Jahre. Nach einer aktuellen Untersuchung des RWI Essen könnten diese Gelder in anderen Bereichen nutzbringender investiert werden, beispielsweise in den Strukturwandel des Ruhrgebiets. In seiner Publikation „Kohlesubventionen um jeden Preis? – Eine Streitschrift zu den Argumentationslinien des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus“ plädiert das RWI Essen daher dafür, die Steinkohlensubven-

tionen zu beenden. Hierzu werden die Argumentationslinien des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) für die Subventionierung einer kritischen Prüfung unterzogen. Die wesentlichen Argumentationslinien beziehen sich auf (I) die Bedeutung der heimischen Steinkohle, (II) das Verhältnis von Erträgen und Kosten der Förderung sowie (III) die Bewertung von Perspektiven.

Heimische Steinkohle ist keine Energiereserve

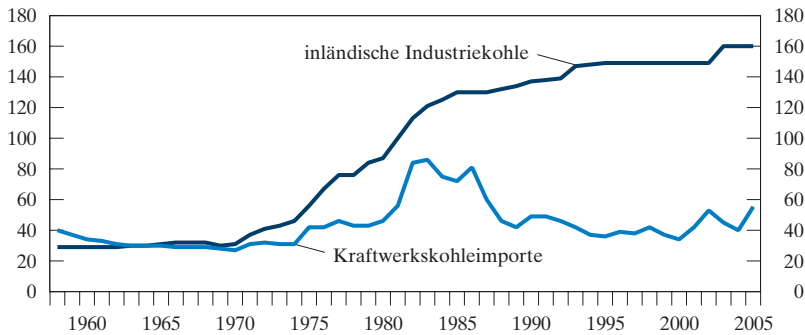
Eines von zahlreichen Argumenten des GVSt, die einer kritischen Prüfung allesamt nicht standhalten, ist die große Be-

Grundlegende Argumentationslinien des GVSt und Konfrontation mit der Realität

GVSt	RWI Essen
<i>(i) Bedeutung der heimischen Steinkohle</i>	
Die heimische Steinkohle ist quantitativ bedeutend Steinkohle ist die deutsche Energierohstoffreserve Nr. 1 Beschäftigte sind ohne heimischen Kohlenabbau alle arbeitslos	Der wachsende Weltmarkt kommt ohne deutsche Steinkohle aus Deutsche Steinkohle ist eine Ressource, keine Reserve Die übrige Wirtschaft könnte mehr Fachkräfte aufnehmen
<i>(ii) Kosten und Erträge der Subventionierung der deutschen Steinkohle</i>	
Gesamtwirtschaftliche Erträge sind größer als die Kosten Die Belastung des NRW-Haushalts ist gering; NRW ist netto „Gewinner“ Der Subventionsabbau bei der deutschen Steinkohle ist „vorbildlich“	Die Erträge sind bei alternativen Verwendungen der Mittel größer Die Belastung der Bürger aus NRW ist hoch und jeder zusätzliche Handlungsspielraum wertvoll Die Subventionen sind derzeit so hoch wie in den achtziger Jahren; ihr Abbau könnte beschleunigt werden
<i>(iii) Bewertung von Perspektiven</i>	
Abhängigkeit der Wirtschaft von Energieimporten wächst Ohne weitere Subventionen keine Spitzenleistungen in der Bergbautechnologie Umweltbelastungen und Folgeschäden des Bergbaus werden wenig thematisiert	Versorgungssicherheit ist in liberalisierten Märkten keine Aufgabe des Staates FuE werden durch gezielte Förderung effektiver Beseitigung von Umweltbeeinträchtigungen erfordert in Zukunft erhebliche Mittel

Weltmarktpreise und heimische Förderkosten

1958 bis 2005; in €/t SKE



Nach Angaben des Vereins der Kohlenimporteure 2005.

deutung der heimischen Steinkohle als nationale „Energiereserve“. Faktisch relevant ist ein Rohstoff für ein Land jedoch nur dann, wenn dieser wirtschaftlich abgebaut werden kann. Dies ist bei deutscher Steinkohle auf absehbare Zeit nicht der Fall. Das liegt vor allem an den ungünstigen Abbaubedingungen: da die Steinkohle unter Tage gefördert wird, erreicht die Förderleistung nur ein Zwanzigstel der 16 000 t pro Jahr und Bergbauarbeiter, die in Ländern wie Kolumbien, Indonesien oder Venezuela erreicht werden. Dort kann Steinkohle – wie deutsche Braunkohle – im Tagebau gefördert werden. Die öffentliche Hand bezahlt bei der deutschen Steinkohle für ein Produkt, für das wegen deren Kostennachteilen auf dem Weltmarkt keine Nachfrage besteht. Dies trifft auch für das Inland zu: Deutsche Strom- und Stahlerzeuger könnten ihren gesamten Bedarf an Kraftwerks- und Kokskohle am Weltmarkt decken.

Dass laut GVSt „40% des gesamten Steinkohlenaufkommens in Deutschland ... aus inländischer Gewinnung stammen“ sagt nichts über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Steinkohle aus, sondern wurde zwischen Politik und Unternehmen so vereinbart. Denn Strom- und Stahlerzeuger zahlen dank der Subventionen für die von ihnen bezogene heimische Kohle lediglich

den sich auf rund ein Drittel der heimischen Förderkosten belauenden Weltmarktpreis. Ginge es wirklich um die deutsche Steinkohle als nationalen Energievorrat, wäre es weitsichtiger, diesen für zukünftige Generationen aufzubewahren statt unter gegenwärtig unwirtschaftlichen Bedingungen mit hohem Aufwand weiter abzubauen.

Das Geld sollte besser in zukunftssträngige Projekte investiert werden

Höchst bedenklich ist die vom GVSt immer wieder implizit formulierte Aufforderung an die nordrhein-westfälische Landesregierung, die Subventionierung mitzumachen, weil die Kosten dafür hauptsächlich der Bund tragen und NRW netto profitieren würde. Berücksichtigt man jedoch, dass die Bürger aus NRW die Bundesmittel mitfinanzieren, liegt deren Finanzierungsanteil an den Subventionen im Durchschnitt aller Jahre bei etwa 35%. Selbst wenn der Finanzierungsbeitrag der NRW-Bürger geringer ausfiele, wäre die „Rechtfertigung“, die Kosten würde ein anderer tragen, weder moralisch noch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu akzeptieren. Nicht berücksichtigt wird zudem, dass Mittel in ähnlicher Größenordnung auch in zukunftssträngige Projekte wie ein „Steinkohlereferenzkraftwerk“ fließen könnten. Auf diese Weise könnte NRW seine Kraftwerkstechnologie weiter verbessern, zum Vorteil für die Umwelt und alle Bürger.

Versorgungssicherheit ist in liberalisierten Energiemärkten keine staatliche Aufgabe

Gerne wird vom GVSt auch betont, dass mit der heimischen Steinkohlenförderung

ein „Stück Unabhängigkeit“ geschaffen und die Rohstoffversorgung der deutschen Stahl- und Stromerzeugungsindustrie gesichert würde.

Dabei wird geflissentlich übergangen, dass sich in der Strom- und Stahlerzeugung nach 1998 ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. Spätestens seit Beginn der Liberalisierung der europäischen Strommärkte ist die Versorgungssicherheit mit Energieträgern und Rohstoffen stärker als in der Vergangenheit eine privatwirtschaftliche, nicht eine staatliche Aufgabe. Mit Beendigung des Hüttenvertrags hatte auch die Stahlindustrie beschlossen, die Rohstoffversorgung vermehrt in die eigenen Hände zu nehmen. Damit ist hier eingetreten, was für andere Wirtschaftsbereiche, die sich gegen Versorgungs- und Währungsrisiken schon immer selbst versichert haben, Normalität bedeutet.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Nach Angaben des GVSt sind rund 100 000 Arbeitnehmer durch die Kohleförderung berührt. Tatsächlich soll die Zahl der noch im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer nach dem Ausstiegsbeschluss Ende 2005 bei 36 000 liegen. Diese Zahlen relativieren sich angesichts der Tatsache, dass NRW

über rund 7,4 Mill. Erwerbstätige und rund 1 Mill. registrierte Arbeitslose verfügt. In seiner Multiplikatoranalyse nimmt der GVSt zudem an, dass die heute im Bergbau Beschäftigten durch einen Wegfall der Subventionen

allesamt arbeitslos würden. Gleichzeitig wird jedoch immer wieder betont, wie gut qualifiziert und vielseitig einsetzbar die Mitarbeiter sind – Qualitäten, durch die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich größer als Null sein dürften. Die dauerhafte Subventionierung des heimischen Steinkohlenbergbaus bindet hingegen die produktive Kapazität von zehntausenden Menschen und hemmt so Strukturwandel und wirtschaftliches Wachstum.

Ein Ende der Steinkohlenförderung würde die Umwelt entlasten

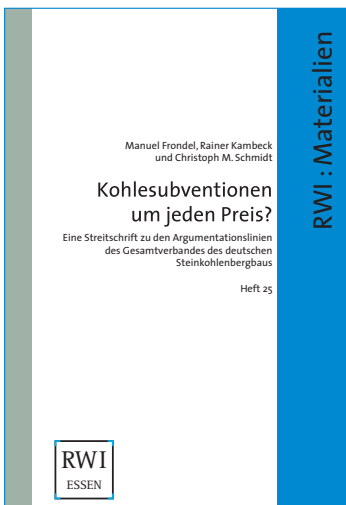
Kaum erwähnt werden auch die Umweltfolgen des Steinkohlenbergbaus, durch den bedeutende Mengen an Klimagasen wie Kohlendioxid und Methan ausgestoßen werden. Würde der Steinkohlenbergbau bis 2012 komplett beendet, statt ihn auf die vereinbarten 16 Mill. t Förderung herunterzufahren, könnten dadurch allein im Jahr 2012 bis zu 5 Mill. t CO₂-Äquivalente zusätzlich vermieden werden. Dies könnte dämpfend auf die Strompreise wirken, weil dadurch der Emissionsvermeidungsdruck der im Emissionshandel einbezogenen Unternehmen gesenkt werden könnte.

Deutscher Steinkohlenbergbau: Herausragendes Beispiel einer falschen Subventionspolitik

Alles in allem halten die Argumente des GVSt einer kritischen Überprüfung, die sich den Interessen aller Bürger verpflichtet sieht, nicht stand. Das RWI Essen plädiert daher für ein baldmöglichstes Ende der Steinkohlensubventionen, um mit dem Auslaufen dieser größten Einförförderung des Staates neue Handlungsspielräume für eine zukunftssträchtige Politik zu gewinnen.

Die Untersuchung ist als „RWI : Materialien“, Heft 25 erschienen und auf der RWI-Homepage unter www.rwi-essen.de/mat als pdf-Download erhältlich.

Informationen: weiler@rwi-essen.de



Finanzierungslücke der Pflegeversicherung bedroht Pflegeheime

Die Soziale Pflegeversicherung (SPV) steuert auf einen Finanzierungsengpass zu. Ihre Ausgaben übersteigen seit Jahren die Einnahmen, ihre Kapitalreserve ist bald aufgebraucht. Vor diesem Hintergrund hat das RWI Essen gemeinsam mit der ADMED GmbH und HPS Research die Zukunft der deutschen Pflegeheime untersucht. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass ein Mix aus Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite der Pflegeversicherung nötig ist, um diese zu stabilisieren und auch in Zukunft ein ausreichendes Maß an stationärer Pflege in Deutschland zu gewährleisten.

Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der benötigten stationären Pflegeplätze in Deutschland wegen der alternden Bevölkerung im Vergleich zu 2005 voraussichtlich um 30% zunehmen. Absolut bedeutet dies mehr als 200 000 zusätzliche stationär Pflegebedürftige. In der ambulanten Pflege ist mit einer Zunahme von über 350 000 Fällen zu rechnen. Gleichzeitig übersteigen die Ausgaben der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) seit 1999 deren Einnahmen. Die derzeitige Kapitalreserve von rund 3 Mrd. € dürfte 2008 aufgebraucht sein, ein wachsender Finanzierungsengpass droht. RWI Essen, ADMED GmbH und HPS Research haben die Zukunft der Pflegeheime vor diesem Hintergrund untersucht und schlagen einen Mix von Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite vor, um die Finanzierung der stationären Heimpflege über das Jahr 2008 hinaus zu sichern.

Grundlage der Studie sind 116 Jahresabschlüsse von 508 Pflegeheimen sowie Daten von etwa 10 000 stationären Pflegeeinrichtungen, die unter anderem Rückschlüsse auf regionale Unterschiede bezüglich des Preisniveaus, der Pflegeheimgröße und des Personalaufwands pro Pflegeplatz ermöglichen. Dabei zeigt sich beispielsweise, dass bis 2020 der Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen in Ostdeutschland besonders hoch sein wird. Zudem ist die Heimunterbringung in Westdeutschland teurer als in Ostdeutschland, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, dem Rhein-Main-Gebiet und Teilen Baden-Württembergs. Dabei steigt das Preisniveau der untersuchten Heime mit der Heimgröße, der Personalintensität und dem vor Ort verfügbaren Einkommen je Einwohner.

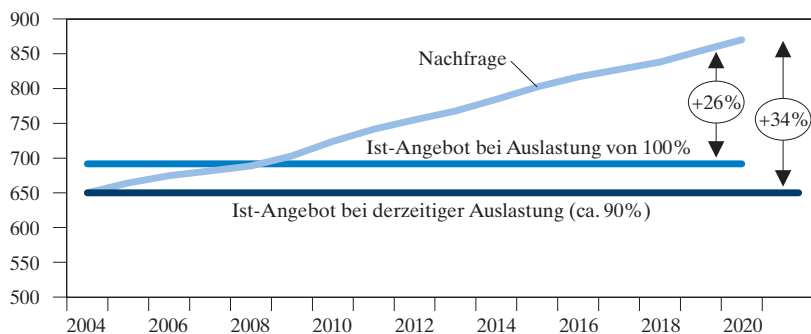
16% der untersuchten Pflegeheime weisen erhöhte Insolvenzgefahr auf

In einem Rating wurde zudem die Ausfallwahrscheinlichkeit der untersuchten Pflegeheime berechnet. Sie beschreibt die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Pflegeheim innerhalb eines Jahres seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann und Insolvenz anmelden muss. Hierbei wird in den „grünen“ (0 bis 1,0% Ausfallwahrscheinlichkeit),

den „gelben“ (1,0 bis 2,6%) und den „roten“ Bereich (größer als 2,6%) unterteilt. Aktuell fallen 19,8% der untersuchten Pflegeheime in den „gelben“ und 15,5% in den „roten“ Bereich. Auffällig ist, dass vor allem große und teure Heime gut abschneiden.

Geschätzter Bedarf an stationären Pflegeplätzen im Vergleich zum Angebot

2004 bis 2020; in 1000



Analyse von ADMED, HPS Research und RWI Essen. – Hochrechnung auf Basis vergan-
gener Daten und nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

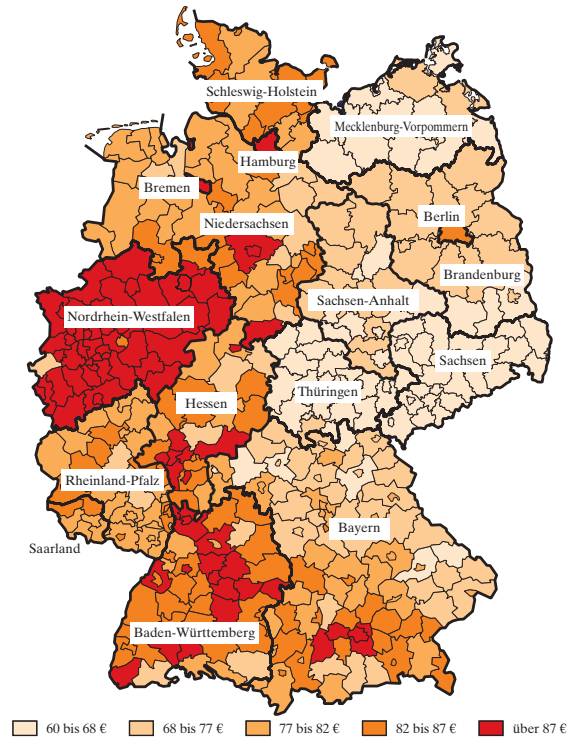
Untersucht werden fünf Maßnahmen, um die Finanzlage der SPV zu stabilisieren (verschärfte Kriterien zur Inanspruchnahme der Leistungen der SPV, Erhöhung der Beiträge, Reduktion der Pflegesätze/höhere Eigenbeteiligung, stärkerer Wettbewerb zwischen Pflegeheimen sowie Umstellung der SPV auf ein Kapitaldeckungsverfahren), und ihre Auswirkungen auf das Rating der Heime, die Beitragssätze und die Pflegebedürftigen.

Außer der Umstellung auf ein Kapitaldeckungsverfahren ist keine Maßnahme geeignet, um den Finanzierungsengpass der SPV mit vertretbaren Folgen zu beheben. Beispielsweise würde die Verschärfung der Kriterien viele Pflegebedürftige völlig unversorgt lassen. Höhere SPV-Beiträge würden die jüngeren Generationen einseitig belasten und die Lohnnebenkosten zusätzlich erhöhen. Alternativ müssten, um die Finanzlage der SPV zu stabilisieren, die Pflegesätze bis 2020 um mehr als 20% abnehmen oder die Preise der Pflegeheime um 28% sinken. Dies würde bis 2020 rund 60% der Heime in den „roten“ Bereich führen.

Mix von Maßnahmen könnte SPV stabilisieren

Die totale Umstellung der SPV auf ein Kapitaldeckungsverfahren scheint allerdings politisch nicht durchsetzbar, weshalb ein Mix der Maßnahmen empfohlen wird. Die Kriterien zur Inanspruchnahme von Leistungen sollten leicht verschärft und die Beiträge leicht erhöht werden. Gleichzeitig sollten die Pflegesätze leicht reduziert und der Wettbewerb zwischen Leistungsanbietern gestärkt werden, so dass es zu einer Preisreduktion bei Pflegeheimen kommt. Zudem sollte schrittweise eine zusätzliche private Vorsorge aufgebaut werden. Um in einem stärkeren Wettbewerb bestehen zu können, sollten die Pflegeheime sich neu ausrichten und Teil einer sektorübergreifenden Gesundheitsversorgung werden,

Derzeitiges Preisniveau der Pflegeheime nach Kreisen in €/Tag



Analyse von ADMED, HPS Research und RWI Essen. – Nach Angaben des BKK 2005.

die Krankenhäuser, Rehakliniken, niedergelassene Ärzte und den Immobiliensektor einschließt. Die Bildung von Pflegeheimketten und die Segmentierung der Pflegeleistungen auf bestimmte Patientengruppen könnten weitere Bestandteile wirtschaftlicheren Arbeitens sein.

Die Untersuchung mit dem Titel „Pflegeversicherung, Ratings und Demographie – Herausforderungen für deutsche Pflegeheime“ ist als „RWI : Materialien“, Heft 26 erschienen. Das Executive Summary ist auf der RWI-Homepage unter www.rwi-essen.de/mat als pdf-Download erhältlich, die Gesamtstudie kann zum Preis von 100 € incl. MwSt. und Versand beim RWI Essen bestellt werden.

Informationen: augurzky@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Eingeworbene Forschungsaufträge

ExWoSt Quartiers-Impulse – Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft. Projekt für die BBR. Ansprechpartner: Dr. Uwe Neumann. Laufzeit: 18 Monate.

Kontrafaktische Analyse der Verteilung von Ergebnisvariablen des Arbeitsmarkts am Beispiel des individuellen Einkommens. Projekt B9 im Rahmen des SFB475. Ansprechpartner: Dr. John Haisken-DeNew. Laufzeit: 36 Monate.

Evaluierung des Leitprojekts „Research Studios Austria“. Projekt für das BMWA Österreich. Ansprechpartner: Dr. Michael Rothgang. Laufzeit: 6 Monate.

Vergangenheit und Zukunft sozialer Sicherungssysteme am Beispiel der Bundesknappschaff und ihrer Nachfolger. Projekt im Rahmen des Pakts für Forschung der Leibniz-Gemeinschaft. Ansprechpartner: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt. Laufzeit: 36 Monate.

Berufliche Weiterbildung als Bestandteil lebenslangen Lernens – Theoretische und empirische Analysen. Projekt im Rahmen des Pakts für Forschung der Leibniz-Gemeinschaft. Ansprechpartner: Dr. Michael Fertig. Laufzeit: 36 Monate.

Termine

Pflegestudie auf Pressekonferenz in Berlin vorgestellt

Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde die von RWI Essen, ADMED GmbH und HPS Research verfasste Studie „Pflegeversicherung, Ratings und Demographie“ der Presse präsentiert. Um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen und Fachjournalisten zu erreichen, fand die Veranstaltung in Berlin statt. Dr. *Boris Augurzky* (RWI Essen) und Dr. *Sebastian Krolop* (ADMED GmbH) stellten die Ergebnisse der Studie gemeinsam vor. Sie kommt unter anderem zu dem Schluss, dass ein Mix aus Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite der Pflegeversicherung nötig ist, um deren Finanzlage zu stabilisieren und auch in Zukunft ausreichende stationäre Pflege zu gewährleisten (siehe S. 6f.).



Dr. Boris Augurzky (RWI Essen) und Dr. Sebastian Krolop (ADMED GmbH) stellten die Pflegestudie gemeinsam in Berlin der Presse vor.

Informationen: weiler@rwi-essen.de

RWI Essen bei Parlamentarischem Abend der Leibniz-Gemeinschaft

Unter dem Motto „Wasser – ein Meer von Forschungsthemen“ veranstaltete die Leibniz-Gemeinschaft am 30. Mai ihren

diesjährigen Parlamentarischen Abend in Berlin. 27 Leibniz-Institute präsentierten ihre vielfältigen Forschungsarbeiten zum

Wasser vor etwa 200 Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Leibniz-Einrichtungen. Für das RWI Essen nahmen die Wissenschaftler Dr. Harald Tauchmann und Dirk Huchtemann teil. Sie präsentierten zwei Projekte: Zum einen

„Aquasus“, das sich mit den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft beschäftigt, zum anderen „Regflud“, ein Projekt zum Management regionaler Flusseinzugsgebiete in Deutschland.
Informationen: weiler@rwi-essen.de

Institut und RGS Econ präsentierten sich bei Absolventenmesse

Nach den positiven Erfahrungen im vergangenen Jahr nahm das RWI Essen auch in diesem Jahr am „wasti Firmenkontaktesgespräch“ der Ludwig-Maximilians-Universität München teil. Auf der größten Campusmesse für Wirtschaft und Recht in Deutschland präsentierten sich an drei Tagen über 20 Kanzleien und mehr als 100 Unternehmen aus Industrie, Banken/Versicherungen, Chemie/Pharma, Dienstleistung und anderen Bereichen Studenten und Absolventen. Das RWI Essen zeigte

neben seiner eigenen Arbeit auch das Angebot der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). RWI-Doktorand *Mathias Sinning* und RGS-Stipendiatin *Stefanie Schurer* konnten Interessenten ihre Erfahrungen aus erster Hand vermitteln. Neben den Möglichkeiten zur Promotion an der RGS Econ und zur wissenschaftlichen Arbeit am RWI Essen interessierten sich viele Studenten auch für Praktika im Institut.

Informationen: weiler@rwi-essen.de

Publikationen

RWI : Discussion Papers

Download unter www.rwi-essen.de/dp

(40) Harald Tauchmann, A Note on Consistency of Heckman-type two-step Estimators for the Multivariate Sample-Selection Model

Diese Analyse zeigt, dass Verallgemeinerungen des klassischen zweistufigen Heckman-Schätzers für Mehrgleichungsmodelle, die Korrelationen zwischen den Störtermen der verschiedenen Regressionsgleichungen berücksichtigen und die inverse Mills-Relation als Korrekturterm verwenden, nur dann konsistent sind, wenn für die wahre Fehler-Kovarianz-Struktur bestimmte Restriktionen erfüllt sind. Im Papier wird eine alternative Klasse von Generalisierungen des klassischen zweistufigen Heckman-Ansatzes vorgeschlagen, die auf das gesamte Auswahlmuster statt auf die Selektion einzelner Gleichungen bedingt und hierfür modifizierte Korrekturterme

benutzt. Diese Klasse von Schätzern ist für beliebige Fehler-Kovarianz-Strukturen konsistent. Zusätzlich zeigen Monte-Carlo-Simulationen, dass diese Schätzer einen kleineren mittleren quadratischen Vorhersagefehler aufweisen.

(41) Lena Jacobi and Jochen Kluge, Before and After the Hartz Reforms: The Performance of Active Labour Market Policy in Germany

Mit den „Hartz-Reformen“ in den Jahren 2003 bis 2005 wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland wesentlich verändert. Dieses Papier beschreibt den ökonomischen und institutionellen Kontext des Arbeitsmarkts vor und nach den Reformen. Es skizziert die Hauptprinzipien und Elemente der Reform und bewertet diese anhand der vorliegenden Evaluationsstudien. Vieles deutet darauf hin, dass

die Reorganisation der Arbeitsvermittlung überwiegend erfolgreich war, mit Ausnahme des Ausgliederns von Dienstleistungen. Die Förderung beruflicher Weiterbildung scheint nun effektiver zu sein, während sich ABM weiterhin nachteilig auf die Arbeitsmarktaussichten der Teilnehmer auswirken. Lohnkostenzuschüsse und Zuschüsse für Existenzgründer haben signifikant positive Effekte. Insgesamt scheinen die Reformen den Arbeitsmarkt in die richtige Richtung zu bewegen.

(42) Michael Frömmel and Torsten Schmidt, Bank Lending and Asset Prices in the Euro Area

In diesem Papier wird die Dynamik des Kreditvolumens an den privaten Sektor im

Euroraum untersucht. Hierfür wird eine langfristige Kreditnachfragefunktion in ein „Markov switching error correction model“ integriert. Danach gibt es in Belgien, Deutschland, Irland und Portugal einerseits stabile Regime, in denen die Kreditnachfragen zum langfristigen Gleichgewicht zurückkehren. Andererseits existieren dort auch unstabile Regime ohne diese Tendenz. Zudem zeigt sich in den weniger stabilen Regimen eine starke gleichgerichtete Bewegung mit dem Aktienmarkt. Dies wird als Indiz für Beschränkungen in der Kreditvergabe interpretiert. Im Gegensatz hierzu scheint das Kapitalvermögen der Bank nur einen geringen Einfluss auf das Kreditvergabeverhalten zu haben.

RWI : Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/mat

(25) Manuel Frondel, Rainer Kambeck und Christoph M. Schmidt, Kohlesubventionen um jeden Preis? – Eine Streitschrift zu den Argumentationslinien des GVSt

Der Beitrag zeigt, dass die Argumente des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus zur Aufrechterhaltung der Subventionen einer kritischen Überprüfung aus einer Sicht, die sich den Interessen aller Bürger verpflichtet fühlt, nicht Stand halten. Danach wäre eine baldige Beendigung der Subventionierung der Steinkohlenförderung, die unausweichlich ein Auslaufen des heimischen Steinkohlenbergbaus bedeuten würde, erstrebenswert. Für die frei werdenden Mittel gäbe es sinnvollere Verwendungen, insbesondere auch für die heute noch im Steinkohlenbergbau beschäftigten Menschen (S. 3ff.).

(26) Boris Augurzky, Sebastian Krolop, Hartmut Schmidt und Stefan Terkatz, Pflegeversicherung, Ratings und Demographie – Herausforderungen für deutsche Pflegeheime (Executive Summary)

Die Studie untersucht verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzlage der Sozialen Pflegeversicherung. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem stationären Pflegemarkt, der 2003 ein Volumen von 17,2 Mrd. € bzw. 72% des professionellen Pflegemarkts umfasste. Zudem möchte die Studie den Pflegemarkt transparenter machen. Deshalb wird, soweit möglich, der stationäre Pflegemarkt auch auf regionaler Ebene dargestellt. Während für Deutschland insgesamt mit großer Sicherheit von einem starken Wachstum der Pflegenachfrage auszugehen ist, differenziert sich das Bild auf regionaler Ebene (S. 6f.).

Intern

Ausschuss „Forschungsförderung“ der BLK bewilligt weitere Förderung

Der Ausschuss „Forschungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission (BLK) hat

während seiner Sitzung am 3. Mai 2006 festgestellt, dass das RWI Essen die Vor-

aussetzungen für die weitere Förderung durch den Bund und das Land NRW nach § 1 Abs. 1 der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) erfüllt. Das RWI Essen gilt demnach weiter als „selbständige Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse“. Die öffentliche Finanzierung des Instituts ist damit für die nächsten sieben Jahre gesichert. Zugleich geht damit eine Phase der gespannt zuversichtlichen Erwartung des Evaluierungsergebnisses zu Ende, die seit Beginn der konkreten Vorbereitung auf die Begehung weit über zwei Jahre gedauert hat.

Grundlage der Entscheidung waren die positiven Stellungnahmen der Leibniz-Gemeinschaft sowie des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie NRW und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Im Januar 2005 hatte eine Bewertungsgruppe aus international renommierten und unab-

hängigen Wissenschaftlern das RWI Essen zwei Tage lang auf Herz und Nieren geprüft. Als Ergebnis hatte der Senat der Leibniz-Gemeinschaft auf seiner Sitzung am 22. März 2006 in Berlin die weitere Förderung des RWI Essen empfohlen.

RWI-Präsident *Christoph M. Schmidt* zeigte sich hoch erfreut darüber, dass das Institut so positiv bewertet wurde und seine öffentliche Förderung gesichert ist. „Es tut gut zu sehen, dass unsere Anstrengungen der vergangenen Jahre von Leibniz-Gemeinschaft und Bund-Länder-Kommission derart gewürdigt worden sind. Das Evaluierungsergebnis ist Ansporn für uns, das RWI Essen in den nächsten Jahren weiter als modernes Zentrum für wissenschaftliche Forschung und evidenzbasierte Politikberatung zu etablieren.“ Sein besonderer Dank gelte dem gesamten Team des RWI Essen, so Schmidt. „Dieses Evaluierungsergebnis ist eine Mannschaftsleistung“, stellte er klar.

Prof. Possajennikov und Prof. Garcia als Gastwissenschaftler bei RGS Econ

Im Mai 2006 kam Prof. Dr. *Alex Possajennikov* für zwei Wochen als Gastwissenschaftler an die Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Der Ökonom lehrt derzeit an der *School of Economics* der Universität Nottingham und gilt insbesondere als Experte auf dem Gebiet der Spieltheorie. Seine Vorlesung an der RGS Econ befasste sich mit „Evolutionary Game Theory and the Evolution of Preferences“. Besonderheit dieser Evolutionären Spieltheorie ist, dass sie Annahmen wie vollkommene Rationalität und vollkommene Information durch die Annahme von Anpassungsprozessen ersetzt, die der biologischen Evolution nachempfunden sind. Prof. Possajennikov

stellte den RGS-Doktorand Methoden und Werkzeuge vor, die sowohl statische Konzepte wie evolutionäre stabile Strategien, als auch dynamische Konzepte wie Replicator-Dynamiken beinhalten.





Mit Prof. *René Garcia* folgte im Juni der Aufenthalt des nächsten Gastes an der RGS Econ. Garcia ist Professor an der *University of Montreal*, wo er seit 2003 Scientific Director des Centre Interuniversitaire de Recherche en Analyse des Organisations (CIRANO) ist. Zudem ist er Herausgeber des *Journal of Financial Econometrics*. Aufbauend auf der Vorlesung in Makroökonomie der RGS Econ diskutierte Prof. Garcia in einer „Mini lecture“ zum Thema „Economic Fundamentals, Preferences and Asset Pricing“ klassische sowie moderne Theorien der Bewertung von Kapitalmarktgütern wie Aktien und Anleihen. Er erläuterte dabei insbesondere die Bedeutung von Kapitalmarktpreisen für die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung. „Mini lectures“ bieten eine themenspezifische Ergänzung zum Kursprogramm der RGS Econ und liegen mit einem Umfang von etwa vier Doppelstunden zwischen einem Vortrag im Rahmen des Doktorandenkolloquiums und einer regulären Vorlesung. Im Rahmen des RWI Research Seminars stieß Garcia mit seinem Vortrag „A Consumption CAPM with a Reference Level“ auch unter den Mitarbeitern des RWI Essen auf eine sehr interessierte Zuhörerschaft.

RWI : News
Nr. 3/2006 (Juni 2006)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
 Alle Rechte vorbehalten.

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.
 Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt
 Fotos: Stefan Rumpf, Sabine Weiler
 ISSN 1612-3581